



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Nicht dieses Entgeltsystem!

Es ist ein einmaliger Vorgang: das neue, diagnoseabhängige pauschalierte Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Leistungen in Krankenhäusern (PEPP) wird von allen Fachverbänden, Klinikträgern und einstimmig von der Landtagsversammlung Rheinland abgelehnt. Trotzdem hat es der Bundesminister für Gesundheit in Kraft gesetzt.

Warum protestieren alle gegen PEPP? Da in diesem Entgeltsystem die von den Krankenkassen zu zahlenden Tagessätze nach fortschreitender Behandlungsdauer immer niedriger werden, entsteht ein Anreiz, Patienten zu früh zu entlassen und schwer kranke Patienten erst gar nicht aufzunehmen. So entwickelt sich eine Zweiklassenpsychiatrie

und unsere Anstrengungen um Entstigmatisierung und Inklusion psychisch Kranker werden konterkariert. Zu frühe Entlassungen werden zu schnellen Wiederaufnahmen führen, die im neuen System nicht bezahlt werden. Psychisch kranken Menschen wird dann die notwendige Behandlung vorenthalten. Die oft kritisierte Drehtürpsychiatrie gewinnt so erst recht an Fahrt. Dabei war beim Start des neuen Entgeltsystems verabredet, der Besonderheit der Psychiatrie Rechnung zu tragen und ein Entgeltsystem über alle Sektoren ambulant, teilstationärer und stationär aufzubauen. Dies erfolgt jetzt nicht. „Blutige Entlassungen“ werden auch in der Psychiatrie Einzug halten und dazu führen, dass weniger Krankenkassenleistungen in Anspruch genommen werden und

dass noch höhere Kosten in der Eingliederungshilfe vom LVR als Sozialhilfeträger zu bezahlen sind. Weil unsere LVR-Kliniken einen gesetzlichen Vollversorgungsauftrag erfüllen und niemanden abweisen können und wollen, haben wir jetzt bereits wesentlich höhere Grundkosten als Krankenhäuser, die sich spezialisieren können. Diese Schieflage wird durch PEPP verstärkt.

Die neue Klassifizierung beruht auf gemessenem Zeitbedarf, z.B. für Gruppentherapie oder Arztgespräche. Der bei schwer kranken Patienten besonders wichtige allgemeine Betreuungsaufwand einer psychiatrischen Station wird außer acht gelassen.

Nach Einschätzung von Fachexperten sind bei PEPP Hauptdia-

gnosen wenig geeignet, den Behandlungsaufwand zu erkennen. Auch ist der Differenzierungsgrad des Entgeltkataloges nicht ausreichend, um eine sachgerechte Vergütung zu gewährleisten. Dadurch wird der Fehlanreiz gesetzt, aufwändige Fälle zu Gunsten einfacher Fälle zu vermeiden, so dass die Versorgung schwer Kranker nicht mehr gewährleistet ist.

Wir fordern Bundesminister Bahr auf, das neue System mindestens für zwei Jahre auszusetzen, Versorgungsforschung zu intensivieren und das Entgeltsystem so weiterzuentwickeln, dass alle psychisch kranken Menschen jederzeit umfassend stationär, ambulant und gemeindeintegriert versorgt werden können.

Martin Kresse